

«Familienfreundliche» gewinnen

Kinderzulagen Parlament bestätigt April-Entscheidung von 15 Prozent mehr als Bundes-Minimum

Es bleibt dabei: Ab Januar 2009 steigt die Kinderzulage von 160 auf 230 Franken pro Monat an. Und die neue Ausbildungszulage beträgt 290 Franken. Gestern stritt der Grosse Rat allerdings nochmals heftig um die Erhöhung.

BRUNO UTZ

Es ist unüblich, dass bei einer zweiten Gesetzeslesung Grossräte etwas nochmals traktandieren lassen, was der Rat in der ersten Lesung beschlossen hat. Die Höhe der neuen Kinderzulagen war gestern eine solche Ausnahme, die vor allem den Freisinnigen unter den Nägeln brannte.

Hans Ruedi Feller (Steffisburg) stellte im Auftrag der FDP-Fraktion erneut den Antrag, dass im Kanton Bern nur die vom Volk im November 2006 als Minimum deklarierten Kinderzulagen zu entrichten seien. Das heisst: Die Kinderzulagen (bis 16 Jahre) seien von 160 auf neu 200 Franken monatlich zu erhöhen, die Ausbildungszulagen von 190 auf 250 Franken. Im April scheiterte Feller mit diesem Antrag (wir berichteten). Würden die Zulagen – wie vom Rat in der ersten Gesetzeslesung mehrheitlich beschlossen – um weitere 15 Prozent angehoben, koste das die Wirtschaft rund 70 Millionen Franken jährlich, reklamierte Feller gestern: «Ich kann nicht verstehen, dass die KMU noch stärker belastet werden sollen. Sie leiden im Kanton Bern ohnehin schon massiv unter Standortproblemen.»

SP will 25 Prozent mehr

Im Gegenzug beantragte Patric Bhend (Thun) namens der SP-Fraktion, die Zulagen sollten sogar um 25 Prozent über das



SIE OBSIEGTE Ihr Antrag fand eine klare Mehrheit (v.r.): Reto Steiner, Bettina Keller und Martin Friedli. FOTOS: UZ



schweizerische Minimum angehoben werden. «Es ist das gute Recht der FDP, ihre familienfeindliche Haltung nochmals vorzutragen», monierte Bhend. Die SP andererseits wolle nicht riskieren, dass in Bern plötzlich doch das Minimum gelten sollte.

EDU, EVP und Grüne gemeinsam

Bei dieser Ausgangslage war klar, dass auch die Gewinner der ersten Lesung – EDU, EVP und Grüne – ihren Antrag erneut deponierten. Als Mittelweg forderten die drei Antragsteller erneut einen Zuschlag von 15 Prozent auf dem Minimum. «Die Familien mit Kindern brauchen das Geld, sie legen es nicht auf Sparbuch», argumentierte Mar-

tin Friedli (EDU/Sumiswald). Bettina Keller (Grüne/Bern) sagte, nach dem April-Entscheid habe sie sehr viele zustimmende Reaktionen aus der Bevölkerung gehabt. «Unser Antrag ist massvoll. Mit dem Zuschlag macht der Kanton Bern einen mutigen Schritt vorwärts in Richtung eines familienfreundlichen Kantons.»

Auch Reto Steiner (EVP/Langenthal) pries den 15 Prozent-Zuschlag als «deutliches Zeichen an die Familien» an. «Und wir nehmen der Wirtschaft kein Geld weg. Wir setzen es bei der Kinderproduktion ein.» Und das sei auch für die Wirtschaft von Vorteil. «Wenn sich wieder mehr Familien für Kinder entschei-

den, erhält die Wirtschaft langfristig mehr qualifizierte Arbeitskräfte», sagte Steiner.

SVP mit FDP im selben Boot

Höhere Kinderzulagen tat SVP-Sprecher Andreas Blank (Aarberg) hingegen als «populäres Anliegen» ab. Der Nidauer Adrian Kneubühler (FDP) mahnte, es sei gefährlich, bei einer sich abzeichnenden schwächeren Konjunktur die Lohnkosten zu verteuern (die Beiträge für die Kinderzulagen berappen im Kanton Bern einzig die Arbeitgeber). Zudem bezweifle er, dass wegen höherer Kinderzulagen mehr Kinder «produziert» würden. Kneubühler: «Was Familienfrauen brauchen, das ist ein Job.»

Nach diversen weiteren Wortmeldungen informierten Kommissionspräsidentin Johanna Schlegel (Grüne/Burgdorf) und Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP), dass – anders als noch im April – auch die vorbereitende Kommission und der Regierungsrat den 15-Prozent-Zuschlag unterstützten.

Bei der Ausmarchung der beiden Extremträge von FDP und SP obsiegt derjenige der SP. Dem Antrag der «Gemässigten» gegenübergestellt, zog die SP jedoch klar den Kürzeren. In der Schlussabstimmung hiessen 109 Grossräte das neue Familienzulagengesetz gut, 15 lehnten es ab. Die höheren Zulagen gelten ab 1. Januar 2009.

«Wir sind noch nicht im Schlaraffenland»

Staatsrechnung 2007 Der Grosse Rat mahnt trotz Rekordgewinn zum Masshalten und warnt vor Euphorie

Der Grosse Rat zeigte sich gestern erfreut und zufrieden mit der Staatsrechnung 2007. Übermut sei nicht angebracht, war jedoch der Grundtenor bei den Fraktionen.

BRUNO UTZ

Heinz Siegenthaler (SVP/Rüti), der neue Präsident der Steuerkommission, nahm gestern vorneweg, was die Fraktionssprecher meist ebenfalls feststellten: «Obwohl 2007 die Staatsrechnung zum zehnten Male in Folge mit Gewinn abgeschlossen, dürfen wir uns nicht gegenseitig auf die Schultern klopfen und sagen, wir haben gespart.» Noch sei die Finanzlage labil, der Kanton dürfe nicht von seinem Weg abweichen. «Angesichts der Zahlen dürfen wir zwar stolz sein, aber nicht übermütig werden», so Siegenthaler.

Bestes Ergebnis seit 20 Jahren

Beinahe mit den gleichen Worten kommentierte Fritz Freiburghaus (SVP/Rosshäusern) «das beste Rechnungsergebnis seit mehr als 20 Jahren». Sparen habe zwar dazu beigetragen, wesentlich positiver ausgewirkt hätten sich jedoch die höheren Einnahmen. «Pro Einwohner muss der Staat jährlich immer noch mehr als 160 Franken Zinsen bezahlen», relativierte der SVP-Sprecher. Zum «Masshalten» rief auch Therese Kohler (FDP/Mühlethurnen) auf: «Die

FINANZECKWERTE	
Nachfolgend einige Eckwerte der Staatsrechnung 2007:	
Laufende Rechnung:	Mrd. Fr.
Gesamtaufwand:	9,039
Gesamtertrag:	9,438
davon Steuern	4,708
Gewinn:	0,399
Personalaufwand:	3,096
Sachaufwand:	0,783
Passivzinsen:	0,157
Abschreibungen:	0,476
Nettoinvestitionen:	0,532
Finanzvermögen:	3,548
Verwaltungsvermögen:	2,845
Bilanzfehlbetrag	2,395
Bruttoschuld	6,481
Quelle: Steuerungskommission	

hohen Schulden bergen ein latentes Zinsrisiko.» Der Ausgabenzuwachs von jährlich rund 3,3 Prozent liege über dem Wachstum der Volkswirtschaft und bereite deshalb der FDP Sorgen. Andererseits habe der Kanton den Steuerzahlern zu viel Geld aus der Tasche gezogen. Vorgängig hatte ebenfalls Freiburghaus gefordert: «Wir müssen über weitere Steuersenkungen reden» (vergleiche auch Artikel rechts).

Vor Euphorie warnte auch Reto Steiner (Langenthal), der Sprecher der EVP-Fraktion: «Wir sind noch nicht im Schlaraffenland angekommen.» Er verwies unter anderem auf den erheblichen Geldbedarf zur Werterhaltung der Infrastruktur. In diese



HAT GUT LACHEN Finanzdirektor Urs Gasche (SVP). UZ

Kerbe schlugen auch die Grünen und die SP. Zwar hinterlasse der Finanzhaushalt einen guten Gesamteindruck, doch sei in den vergangenen Jahren zu wenig in-

vestiert worden, mahnte Blaise Kropf (Grüne/Bern): «Die Auswirkungen werden immer sichtbar.» Bei den Investitionen könnte der Kanton – auch im Interes-

se der Wirtschaft und der künftigen Generationen – sehr wohl noch aktiver werden, doppelte Béatrice Stucki (SP/Bern) nach. Sie stellte dem Regierungsrat jedoch ein gutes Zeugnis aus: «Die jetzige Regierung wirft das Geld nicht zum Fenster hinaus, wie einige Bürgerliche nach den Wahlen 2006 befürchteten.»

Gasche warnt vor Teuerung

Mit der Rechnung 2007 habe der Kanton ein wesentliches Zwischenziel erreicht, sagte Finanzdirektor Urs Gasche. Das «denkwürdige» Resultat sei eine Folge der guten Konjunktur und der jahrelangen Sanierungspolitik. Die Teuerung müsse man im Auge behalten. «Der Kanton will und muss ein attraktiver Arbeitgeber bleiben.» Gasche erinnerte daran, dass auch die Wirtschaft und die Familien Forderungen stellten. «Wenn es nötig ist, werde ich aber auf die Bremse stehen.»

Bürgerliche: Steuern müssen 2010 sinken

SVP, FDP und EDU verlangen im Jahr 2010 eine Senkung der kantonalen Steueranlage um einen Zehntel auf neu 2.96 Einheiten. Ein Jahr später seien die Steuern für Privatpersonen und Unternehmen erneut, jedoch differenziert zu senken. Diese Forderungen erhoben die Bürgerlichen gestern, indem sie zwei entsprechende Vorstösse einreichten. Begründet werden die Steuersenkungen mit dem Steuerwettbewerb und den guten Rechnungsabschlüssen. Selbst bei der Unternehmensbesteuerung habe der Kanton seine vorteilhafte Situation im schweizerischen

Vergleich eingebüsst und sei mittlerweile auf den 16. Rang abgerutscht. Zahlreiche Kantone seien daran, ihre Steuern weiter zu senken. Trotz der ab 2008/2009 wirkenden Steuersenkung verliere der Kanton Bern an Standortattraktivität. Die Bürgerlichen erwarten ab 2011 Steuersenkungen im Umfang von mindestens 270 Millionen Franken. Bei der Besteuerung der natürlichen Personen sei neu ein proportionaler Steuertarif vorzusehen. Dieser verhindere Tarifsprünge bei steigendem Einkommen. Zur Finanzierung sei die kalte Progression auszugleichen. (UZ)

Ruf nach mehr Partylokalen

Thun Jungparteien lancieren Petition

Auf die Schliessung der Ausgemeile im Thuner Selve-Areal folgt das Aufmucken der Oberländer Jugend: Unter dem Titel «Thun rockt!» sammeln Juso, Jungfreisinn und Junge SVP zusammen mit der lokalen Jugendorganisation der Gewerkschaft Unia seit gestern Unterschriften für eine «ausgangsfreundliche Haltung» der Stadt. «Die Petition kritisiert nicht a priori die Schliessung der Lokale im Selve-Areal und damit verbundene Bauprojekte, sondern die strategische Blauäugigkeit, mit welcher die Stadtregierung die heutige Situation eintreten liess», lässt sich JSVP-Vertreter Lukas Lanzrein zitieren. Die Petitionäre fordern die Stadt auf, sich «vermehrt für Anliegen der Jugend zu engagieren» und «nicht die Symptome, sondern die Ursachen zu bekämpfen». Damit spielen die Jungen auf Aussagen von Liegenschaftsbesitzern und Gewerbetreibenden der Innenstadt an, die seit der Selve-Schliessung zunehmend Probleme ausmachen.

Vandalismus und Ruhestörung in der Innenstadt seien «nicht primär Folgen einer verkommenen Jugend, sondern die Folge der Verschlechterung des Ausgangsangebots», argumentieren die Jungparteien. So forderte JF-Vertreterin Rahel Wenigerkind «Mittelfristig muss neuer Kultur- und Gewerberman geschaffen werden.» Dem fügte Unia-Vertreter Adrian Durtschi an: «Das breit abgestützte Komitee beweist, dass die Forderungen bei der Jugend wichtige Anliegen sind.» Juso-Frau Nora Läng: «Ziel sind mindestens 2000 Unterschriften, um den Gemeinderat so zum Handeln zu bewegen.» (SAT)

Nachrichten

Abschied für Sommer



Gestern sass der Melchauer Erwin Sommer (EVP) nach sechs Jahren letztmals im Grosse Rat. Sommer tritt im Juli auf der Erziehungsdirektion die neue Stelle als Chef der Schulinspektoren an. «Es tut weh. Ich gehe mit einem lachenden und weinenden Auge», sagte Sommer. Für ihn rückt der Langenthaler Daniel Steiner nach. Ebenfalls als Grossrat verabschiedet wurde Henri Huber (SP). Der Könizer hört auf mit der Politik. (UZ)

Ändern Holzpaletten sind Brennstoffe

Unbehandelte Holzpaletten und Verpackungsmaterial aus Massivholz sollen in die Liste der Holzbrennstoffe aufgenommen werden. Der Grosse Rat beauftragte den Regierungsrat, in dieser Sache beim Bundesrat vorstellig zu werden. Der Auftrag basiert auf einer Motion von Josef Jenni (EVP). Neben dem Oberburger wurde der Vorstoss von Räten der SVP, FDP, Grünen, EDU und CVP mitgetragen. (UZ)